

## Antrag

# A3NEU2 Aus christlicher Überzeugung für Demokratie und gegen rechten Extremismus und Populismus

Antragsteller\*in: KjG  
Status: Modifiziert

### Antragstext

#### 1 Situationsbeschreibung

2 Extrem rechte und populistische Positionen und Handlungen kennzeichnet ihr Hass  
3 auf bestimmte Personengruppen und deren bewusste Ungleichbehandlung. Zu den  
4 betroffenen Gruppen gehören beispielsweise (aber nicht ausschließlich) Menschen  
5 mit internationaler Familiengeschichte, Frauen, queere Menschen, jüdische  
6 Menschen und Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen. Rechte  
7 Akteur\*innen aus besonders christlich geprägten Kulturräumen sind zudem häufig  
8 feindlich gegenüber Muslim\*innen eingestellt.

9 Bedrohlich ist zudem, dass die extreme Rechte gezielt versucht, demokratische  
10 Strukturen und Institutionen zu zerstören. Eine Strategie der neuen Rechten ist  
11 Positionen in Legislative, Exekutive und Judikative gezielt zu besetzen und  
12 dadurch extrem rechte und populistische Ideologien zu verbreiten. Dies schwächt  
13 fortlaufend unsere demokratischen Institutionen von innen. Dies beinhaltet unter  
14 anderem vermeintlich harmlose Demonstrationen, ebenso wie die Lähmung  
15 parlamentarischer Arbeit oder die Ablehnung des Rechtsstaates. **Sie** zeigt sich am  
16 deutlichsten in der Planung gewaltvoller Umstürze mit Anschlägen auf gewählte  
17 **politische** Vertretungen und **Gewalt gegen** marginalisierte Gruppen.

18 Besorgniserregend ist, dass diese Strategien Wirkung entfalten und sich im  
19 Erstarren faschistischer Kräfte in Europa und weltweit zeigen.  
20 Menschenfeindliche Positionen werden gesellschaftsfähiger..

#### 21 Positionierung

22 Als **katholische** Jugendverbände stellen wir uns konsequent gegen extrem rechte  
23 und populistische Positionen und Handlungen und setzen uns für eine vielfältige  
24 und demokratische Gesellschaft ein. Die Unterstützung von demokratischen  
25 Verfahren wie die Beteiligung an Wahlen ist für uns selbstverständlich.

26 Wir lehnen jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab und fördern in  
27 unserer Arbeit explizit marginalisierte Gruppen. Wir positionieren uns klar  
28 gegen Demokratiefeindlichkeit und **Autoritarismus**. **Wir** bekennen uns zur Wahrung  
29 der Menschenrechte weltweit. **Um das zu gewährleisten, braucht es**  
30 **partizipatorische Prozesse und demokratische Kontrollmechanismen**.

31 Wir verstehen uns als antifaschistisch: Wir stehen für eine demokratische,  
32 gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft und Kirche ein und wenden uns  
33 gegen jede Art der Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen. Diese

34 Grundhaltung geht einher mit unserem christlichen Glauben, aus dem heraus wir  
35 alle Menschen als Gottes Ebenbilder betrachten, sowie mit unserer demokratischen  
36 Grundüberzeugung, die die gleichberechtigte Teilhabe aller sowie die  
37 unveräußerliche Würde des Menschen beinhaltet.

38 Zu dieser antifaschistischen Grundhaltung hat sich die Hauptversammlung 2022  
39 innerhalb des Grundsatzprogramms des BDKJ bekannt.

#### 40 **Konsequenzen für die Arbeit des BDKJ**

##### 41 • **Position beziehen**

42 Wir beobachten rechte Vorfälle deutschland- und weltweit. Wir beziehen  
43 öffentlich klar Position gegen derartige Vorfälle, solidarisieren uns mit  
44 den Betroffenen und setzen uns nachdrücklich für Aufklärung und  
45 Aufarbeitung ein. Wir nutzen unsere Kontakte, um auf die eindeutige  
46 Abgrenzung von rechten Akteur\*innen, **insbesondere auch in den kirchlichen**  
47 **Strukturen**, hinzuwirken. Hierzu haben wir bereits Beschlüsse gefasst, die  
48 wir an dieser Stelle noch einmal bekräftigen.[\[1\]](#)

##### 49 • **Bildungsarbeit**

50 **Wir verstehen Jugendverbandsarbeit als zentrales, wertebasiertes**  
51 **Bildungsangebot für junge Menschen. Politische Bildung ist für uns ein**  
52 **zentraler Bestandteil einer funktionierenden Demokratie. Unsere**  
53 **Bildungsangebote haben einen rassistuskritischen und feministischen**  
54 **Anspruch. Junge Menschen lernen gesellschaftliche und kirchliche Normen zu**  
55 **hinterfragen, selbstständig zu denken und werden gestaltender, mündiger**  
56 **Teil einer demokratischen Gesellschaft.**

##### 57 • **Vernetzung**

58 Um das Thema Antifaschismus in allen Jugend- und **Diözesanverbänden** weiter  
59 auszugestalten, schafft die BDKJ Bundesebene ein Vernetzungsangebot, bei  
60 dem good practice Beispiele vorgestellt und durch die Expertise der  
61 anderen erweitert werden kann. Zudem vernetzt sich der BDKJ Vorstand mit  
62 anderen antifaschistischen Organisationen und Gruppierungen, um eine  
63 größere Schlagkraft zu entwickeln. Innerhalb dieser unterstützen wir  
64 Projekte, die unsere demokratische Gesellschaft unterstützen, z.B. die  
65 U18/ U16-Wahlen des DBJR.

##### 66 • **Wir wählen! NICHT die AfD**

67 Mit der AfD ist eine rechtsextreme Partei einflussreich in der Politik  
68 vertreten. Für uns ist die Wahl oder Unterstützung dieser Partei nicht  
69 vereinbar mit unserer antifaschistischen Grundüberzeugung als katholische  
70 Jugendverbänder\*innen. Die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei  
71 wie der AfD sowie in ihr nahestehenden oder anderen rechtsextremen  
72 Organisationen ist mit der Mitgliedschaft in unseren Verbänden  
73 unvereinbar.

#### 74 **Forderungen an die Politik**

75 Um unsere pluralistische und freiheitlich-demokratische Gesellschaft zu schützen  
76 und gegen Angriffe von rechts zu verteidigen, fordern wir von der Politik:

- 77
- 78 • **keine Finanzierung extrem rechter Parteien und Stiftungen**  
79 Parteien und Stiftungen, die diskriminierende und demokratiefeindliche  
80 Grundüberzeugungen vertreten, dürfen nicht mit staatlichen Mitteln  
81 unterstützt werden. Das im Grundgesetz verankerte Prinzip der wehrhaften  
82 Demokratie muss umfassend genutzt werden, um unsere Demokratie gegen ihre  
83 Feind\*innen zu schützen. Wir fordern die demokratischen Parteien auf, sich  
84 dafür einzusetzen, die staatlichen Zuwendungen an extrem rechte Parteien  
85 und **deren nachgeordneten Organisationen sowie** Stiftungen zu begrenzen und  
86 einzustellen. Deshalb begrüßen wir das **Stiftungsfinanzierungsgesetz, das**  
die Förderung von politischen Stiftungen an die Verfassungstreue knüpft.
  - 87 • **umfassende Aufarbeitung von strukturellem Rassismus und Polizeigewalt**  
88 In mehreren wissenschaftlichen Arbeiten konnte nachgewiesen werden, dass  
89 in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen struktureller  
90 Rassismus existiert. Dieser führt zu alltäglicher Diskriminierung, zum  
91 Beispiel von migrantisch gelesenen Menschen. Aus diesem Grund kommt es  
92 immer wieder auch zu gewaltsamen Übergriffen durch Polizist\*innen. Wir  
93 solidarisieren uns mit den Betroffenen von strukturellem Rassismus und  
94 Polizeigewalt. Wir fordern eine umfassende Aufarbeitung dieser Strukturen  
95 und Vorfälle.
  - 96 • **konsequente Verfolgung rechter Übergriffe und Gewalttaten**  
97 Mit großer Sorge nehmen wir die steigenden Zahlen extrem rechter  
98 Übergriffe und Gewalttaten wahr. Ihnen liegen unterschiedliche  
99 Motivationen zugrunde (Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit,  
100 Antifeminismus etc.). Die Vorfälle haben jedoch eine Gemeinsamkeit: Sie  
101 treffen Minderheiten, die wir als Gesellschaft besser schützen müssen. Wir  
102 fordern daher, diese Übergriffe und Gewalttaten, auch im Internet,  
103 konsequent zu verfolgen und ihnen präventiv entgegenzuwirken. Dazu gehört  
104 auch, sie nicht als Einzelfälle abzutun. **Dabei darf insbesondere Gewalt in**  
105 **und durch digitale Räume und deren Folgen nicht verharmlost werden.**<sup>2</sup>
  - 106 • **Verstetigung der Finanzierung von Demokratieförderung und politischer**  
107 **Bildung**  
108 Es gibt viele gute zivilgesellschaftliche Projekte **und Initiativen** zur  
109 Demokratieförderung. Häufig stehen diese jedoch auf einer prekären  
110 finanziellen Grundlage und bekommen lediglich zeitlich befristete  
111 Projektfinanzierungen. Wir fordern, die Finanzierung dieser Projekte auf  
112 eine solide und langfristige Basis zu stellen. Dafür muss das von der  
113 Bundesregierung geplante Demokratiefördergesetz zügig beschlossen und  
114 umgesetzt werden. Auf eine „Extremismusklausel“, die die Projekte unter  
115 Generalverdacht stellt, muss dabei verzichtet werden. **Darüber hinaus**  
116 **fordern wir, dass Präventionsmaßnahmen die gegen extremistische Ideologien**  
117 **aufklären flächendeckend gefördert werden und politische Bildung in allen**  
118 **Schulformen fester Bestandteil der Lehrpläne sein muss.**
  - 119 • **Zurückdrängen extrem rechter und rechtspopulistischer Positionen**  
120 Extrem rechte und rechtspopulistische Positionen verbreiten sich zunehmend  
121 in der politischen Debatte. Beispiele dafür sind die Auseinandersetzung um

122 die europäische Abschottungspolitik gegen Migrant\*innen oder Angriffe auf  
123 queere Lebenswelten. Wir fordern alle politischen Parteien auf, sich aktiv  
124 dafür einzusetzen, rechtsextreme und rechtspopulistische Positionen aus  
125 ihren eigenen Strukturen und aus der Politik insgesamt zurückzudrängen.  
126 ***Dazu gehört für uns, gemeinsam Haltung zu zeigen und auf***  
127 ***rechtspopulistische (Wahlkampf-)Strategien zu verzichten.***  
128 ***Rechtspopulistische Aussagen, die zu Desinformation führen, dürfen nicht***  
129 ***unwidersprochen stehen bleiben. Ein respektvoller und faktenbasierter***  
130 ***Umgang mit demokratischen Mitbewerber\*innen muss gewahrt bleiben.***

- 131 • **Ende der Kriminalisierung von gewaltfrei agierenden Antifaschist\*innen**  
132 Wir nehmen wahr, dass die Repressionen gegenüber gewaltfreiem,  
133 antifaschistischem Aktivismus durch staatliche Institutionen deutlich  
134 zunehmen. Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass Menschen durch  
135 Einschüchterung daran gehindert werden, ihre antifaschistische  
136 Grundhaltung klar zu benennen und aktiv zu werden. Wir fordern ein Ende  
137 von Repressionen gegenüber gewaltfrei agierenden Aktivist\*innen und  
138 gegenüber deren Vernetzung. Es muss gefahrlose Möglichkeiten geben,  
139 weiterhin unsere Demokratie durch zivilgesellschaftliches Engagement zu  
140 schützen.

#### 141 **Forderungen an die katholische Kirche**

142 Als katholischer Jugendverband fordern wir von der katholischen Kirche:

- 143 • **Reform und Aufarbeitung**  
144 Die Strukturen der katholischen Kirche weisen zahlreiche diskriminierende  
145 Bestandteile auf, insbesondere im Hinblick auf Frauen- und  
146 Queerfeindlichkeit, aber auch im Hinblick auf strukturellen Rassismus,  
147 Antisemitismus und Antijudaismus. Wir fordern die Verantwortlichen in der  
148 Kirche auf, gegen diese Strukturen vorzugehen und sie zu reformieren.  
149 Darüber hinaus muss bereits geschehenes Unrecht, auch aus dem Kontext der  
150 kolonialistischen Missionsarbeit, aufgearbeitet werden.
- 151 • **Stellung beziehen als moralische Instanz**  
152 Die katholische Kirche hat als moralische Instanz einen großen Einfluss  
153 auf ihre Mitglieder und in die Gesellschaft und Politik hinein. Wir  
154 fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, aus der christlichen  
155 Überzeugung heraus immer wieder klar Stellung gegen die extreme Rechte zu  
156 beziehen.
- 157 • **Distanzierung von Demonstrationen und Veranstaltungen, bei denen extrem**  
158 **rechte Aktivist\*innen involviert sind**  
159 Immer wieder nutzen extrem rechte Aktivist\*innen Demonstrationen und  
160 Veranstaltungen, um in weiteren gesellschaftlichen Kreisen anschlussfähig  
161 zu werden. Dies geschieht auch bei religiös motivierten Veranstaltungen,  
162 wie z.B. dem sogenannten „Marsch fürs Leben“. Wir fordern von den  
163 Verantwortlichen in der Kirche, sich klar von Demonstrationen und  
164 Veranstaltungen zu distanzieren, bei denen extrem rechte Aktivist\*innen  
165 beteiligt sind oder ohne Widerstand der Organisator\*innen teilnehmen  
166

167 können. Hier gilt es deutlich zu machen, dass der christliche Glaube nicht  
168 für die Verbreitung rechter Ideologie missbraucht werden darf.

168 • **Verbindungen zwischen fundamentalistischen Christ\*innen und der extremen**  
169 **Rechten benennen und bekämpfen**

170 In ihrem Kampf gegen unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft  
171 und gegen liberale Christ\*innen bilden fundamentalistische Christ\*innen  
172 und Akteur\*innen der extremen Rechten häufig enge Allianzen. Einige  
173 Akteur\*innen sind Teil beider Milieus. Wir fordern von den  
174 Verantwortlichen in der Kirche, diese Problematik, neben Problemen mit  
175 fundamentalistischen Christ\*innen an sich, klar zu benennen, sich von den  
176 beteiligten Akteur\*innen zu distanzieren und sie nach Möglichkeit aus den  
177 kirchlichen Strukturen auszuschließen.

178 Wir setzen uns nachdrücklich **ein** für eine Gesellschaft und für eine Kirche **ein**,  
179 **die** frei von Diskriminierung sind. Wir kämpfen gegen rechte Ideologien und  
180 Handlungen. Wir sind antifaschistisch.

181 [\[1\]"Wir widersprechen, weil wir glauben!"](#) - Beschluss der BDKJ-

182 Hauptversammlungen 2016 und 2020

183 [\[2\] „Digitale Teilhabegerechtigkeit für junge Menschen“](#) - **Beschluss des BDKJ-**  
184 **Hauptausschusses 2024**

## **Begründung**

Extreme und populistische rechte Positionen und Haltungen haben in den letzten Jahren gesellschaftlich an Einfluss gewonnen. Die Aggressivität und Selbstverständlichkeit, mit der sie geäußert und verbreitet werden, hat stark zugenommen. Immer wieder folgen aus den Einstellungen auch Gewalttaten.

Die Hauptversammlung 2022 hat entschieden, Antifaschismus in ihr Grundsatzprogramm aufzunehmen. Die grundlegende Haltung und daraus folgende Konsequenzen, innerverbandlich und in der Lobbyarbeit, sollen mit diesem Antrag festgeschrieben werden.